

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 3. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 12. Mai 2025
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:45 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://e-publikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Philipp Schärf

Stimmzähler Pascal Hebeisen, Carmen Baumeler

Mitglieder des Stadtrates Adrian Merz, Urs Wüthrich, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Carmen Baumeler, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Jürg Kämpf, Karin Karrer-Siegenthaler, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Viktoria Müller, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti

Entschuldigt Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Ian Thompson

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Elias Maier, Michael Ritter

Entschuldigt Peter von Arb

Appell

Der durch den Stimmenzähler Hebeisen Pascal durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2025-865 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 17.3.2025

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 17. März 2025.

SRB: 2025-866 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp begrüsst die Anwesenden zur dritten Sitzung im Jahr 2025.

Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Mitte März hat er an der HV von Pro Burgdorf im Concept Hotel Landhaus teilgenommen und dabei zweierlei Spannendes erfahren. Einerseits ist es ein Verein, der sich für seine Mitglieder einsetzt, mit Anlässen und innovativen Social-Media-Konzepten, um ein attraktives und florierendes Stadtleben durch all diese verschiedenen Detaillisten, Dienstleister und Gewerbetreibenden zu fördern. Andererseits der Input von unserem Stadtplaner, Imhof Mark, der über das Bahnhofareal berichtet hat. Innovative Verkehrs- und Parkraumkonzepte und eine nachhaltige Begrünung sollen dem Quartier noch mehr Schwung verleihen. Der Vorsitzende hat es endlich geschafft, denn er wohnt in diesem Quartier, und die Versammlung des Quartiervereines Gsteig besucht. Der Verein setzt sich durch und durch für ein aktives Zusammenleben im Quartier ein. Anlässe wie ein Biodiversitätsspaziergang, das Sommerfest oder der Samichlous stehen dafür. Als Sahnehäubchen haben wir dann noch die Sternwarte auf dem Gymnasium inspiziert und sogar den Mars gesichtet. Die Aussicht, die wir hier in Burgdorf haben, ist wunderbar. Wer Interesse hat, es gibt auch eine WhatsApp-Gruppe, bei der man informiert wird, wenn man wieder etwas besichtigen kann. Falls jemand Interesse hat, kann man sich gerne beim Vorsitzenden melden. Der Vorsitzende hat an den Schweizerischen Mittelschulmeisterschaften im Unihockey teilgenommen. Dort haben die besten Mannschaften der Mittelstufe, Frauen und Männer, je an einem Tag im Unihockey

in der Schützenmattturnhalle, jeweils den Schweizer Meister erkoren. Der Vorsitzende war wirklich beeindruckt über die professionelle Organisation der Stadt Burgdorf und das hohe spielerische wie auch kämpferische Niveau der Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz. Sein Highlight war die Trophäenübergabe. Das macht Spass, bei der jeweils ein Profispieler respektive eine Profispielerin assistieren durfte. Am nächsten Tag war er im legendären Kornhaus, aber nicht zum Bier degustieren, sondern als erster Programmpunkt beim Frühlingsapéro des Museums Schloss Burgdorf. Die Teilnehmenden erhielten im Kornhaus eine exklusive Führung. Es war exklusiv, weil man dort nicht einfach so in das Depot mit den Sammlungen des Rittersaalvereines, der ethnologischen Sammlung sowie der Goldsammlung hineinmarschieren kann. Wenn er es richtig verstanden hat, werden dort Zehntausende fein säuberlich kategorisierte Objekte unter idealen klimatischen Bedingungen gelagert. Die neue Museumsleiterin, vom Stadtmuseum Aarau kommend, hat sich sichtlich geehrt und motiviert gezeigt, hier in Burgdorf, für sie noch eine fremde Stadt zum damaligen Zeitpunkt, dieses Amt bekleiden zu dürfen. An der HV der KMU Region Burgdorf durfte er sehen, wie viele grossartige KMU wir in Burgdorf und in der Region haben, die sich an diesem Anlass auch vernetzen, bevor es zur Hauptversammlung bei Vogels Offroad ging. Dieses Gebäude kannte er bisher nur von aussen. Im Innern sieht es etwas anders aus, und zwar sehr edel. Man besichtigte auch die ESA, die Einkaufsorganisation des Schweizerischen Auto- und Motorfahrzeuggewerbes. Dort werden auch sehr viele Artikel gelagert, über 200'000 Reifen und 200'000 andere Artikel. Was spannend ist, dass sehr viel Arbeit, aufgrund von kurzen, hohen Nachfragespitzen aufgrund des Saisonwechsels, vieles eben nicht automatisiert, sondern manuell ist. Das Gewusel der herumdüsenden Stapel und Dreiräder bleibt wahrscheinlich ewig in Erinnerung. Der Vorsitzende hat an der HV des gemeinnützigen Frauenvereins teilgenommen. Er war wirklich beeindruckt. Es ist toll zu sehen, was wir hier in Burgdorf alles haben. Den Frauenverein hat er nicht so gekannt, höchstens durch seine Mutter davon gehört. Es war ein wenig eine Augenöffnung, was der Frauenverein alles an Zusammenarbeit in Burgdorf machen, wie zum Beispiel der Schreibdienst, die Nachmittage für Senioren, die Tischlein-deck-dich, die Brocki, das Repaircafé und noch ganz andere weitere Angebote. Es war deshalb ein Grund hier beizutreten. Letzten Samstag beim Flugplatz in Ersigen flog er zum Glück nicht selbst, aber ihm wurde von den Profis aus erster Hand erklärt, welche Figuren es im Modellflug gibt und wie diese wirklich geflogen werden. Es ist ein sehr angenehmer Verein, dem man eigentlich beitreten kann und man nicht viel anderes braucht, denn sie haben auch einen Samichlaus und 1. August. Sie decken alles Kulturelle ab, das in der Schweiz wichtig ist. Der Vorsitzende hat an der Eröffnung der aktuellen Ausstellung im Museum Franz Gertsch teilgenommen. Diese Ausstellung mit der Emmentaler Kunst wird wärmstens empfohlen. Sie läuft noch bis im August. Der Vorsitzende informiert zudem über den diesjährigen Stadtratsausflug unter dem Motto «Cool as Ice». Es wird ein abwechslungsreiches Programm geben. Dieses wird zu einem späteren Zeitpunkt verraten. Es werden aber alle auf ihre Kosten kommen. Das definitive Datum kann aus planerischen Gründen noch nicht bekanntgegeben werden. Dieses wird spätestens Ende Juli festgelegt. Bis dahin wird der SR gebeten, sich drei Samstage, 25. Oktober 2025, 1. und 8. November 2025 zu reservieren. Man würde sich über eine rege Teilnahme freuen. Es wird auch die Möglichkeit geben, an einzelnen Programmpunkten teilzunehmen. Weitere Informationen folgen zu gegebener Zeit.

SRB: 2025-867 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über den Kontrollbesuch des Regierungsstatthalteramtes bei der Stadt Burgdorf. Dieser erfolgt regelmässig alle vier Jahre. Das Regierungsstatthalteramt hat die ganze Verwaltung angeschaut und kontrolliert. Bis auf eine fehlende Unterschrift im Budget konnten keine weiteren Mängel festgestellt werden. Das Regierungsstatthalteramt hat die Stadt Burgdorf als sehr gute Verwaltung taxiert. Stadtpräsident Berger Stefan informiert zudem über die Generalversammlung der Markthallen AG. Es wurden zwei neue Verwaltungsrätinnen gewählt. Zum einen Fankhauser Claudia für das Bauwesen, und zum andern Ryf Rahel anstelle von Jungi Thomas, G.U.S. Productions AG, und Gerber Adrian. Der Jahresabschluss der Markthallen AG ist grundsätzlich gut. Auf der Stufe EBITDA hätte man wieder positiv abgeschlossen, wenn man nicht einen Debitorenverlust von Fr. 30'000.-- zu verzeichnen hätte. Ein Mieter der Markthalle ging Konkurs. Die Markthalle hätte das Ziel, das man erreichen wollte, ohne diesen Verlust eigentlich erreicht. Man erarbeitet im Moment eine weitere Stadtratsvorlage und überarbeitet den Businessplan, wie es der SR vor zwei Jahren gewünscht hat. Man wird wieder über die Abschreibungen diskutieren müssen. Sollen die Abschreibungen der Infrastruktur mit dem Darlehensverzicht längerfristig abgemacht und entsprechend so verankert werden. Oder soll man alle zwei Jahre im SR darüber diskutieren und befinden können. Grundsätzlich ist die Markthallen AG gut aufgestellt und der Verwaltungsrat wurde verjüngt. Die Markthallen AG freut sich auf die weitere Zukunft.

SRB: 2025-868 | Registratur-Nr. 2.8

Kreditabrechnung; Kindergarten Neuhofweg 8

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der SR den Kindergarten am Neuhofweg im Jahr 2020 bewilligt hat und im Jahr 2022 konnte dieser in Betrieb genommen werden. Heute liegt die Kreditabrechnung vor. Diese schliesst erfreulicherweise mit Minderausgaben in der Höhe von rund Fr. 127'000.--. Erstmals hat man bei dieser Baute einen Holzelementbau realisiert. Dies basierend auf der neuen Ausrichtung mit der Klimastrategie. Die Bauweise impliziert auch neue Materialien im Innenausbau, welche die Bewirtschaftung vereinfachen und künftig einheitlich über alle Schulanlagen angewendet werden sollen. Diese Materialisierung mit dem Unterhalts- und Nutzungsteam wurde bereits im Hinblick auf den Holzmodulbau Schossmatt evaluiert. Dies geschah im Rahmen der laufenden internen Prozesse. Ebenso werden auch die Erfahrungen aus dem neuen Holzmodulbau in die Vorbereitung der weiteren Entwicklung des Schulraumes und in die nächsten Projekte mitgenommen. Dies ist ein operativer und etablierter Prozess in der Verwaltung, dazu wird jedoch kein offizieller Bericht verfasst. Der GR beantragt dem SR, die Kreditabrechnung mit den erwähnten Minderausgaben zu genehmigen.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für den Neubau des Kindergarten Neuhofweg, mit Ausgaben von brutto CHF 989'919.55, Nettoausgaben von CHF 984'607.15 und Minderausgaben von CHF 127'392.85, wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2025-869 | Registratur-Nr. 2.31.4

Kreditabrechnung; Container Schulanlage Gsteighof

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass in diesem Projekt ein hoher Zeitdruck vorhanden war. Der Raumbedarf stand im Zusammenhang mit der Integration der ukrainischen Schulkinder in die Regelklassen. Das Projekt wurde vom SR im Frühling 2023 bewilligt. Das Baugesuch war zu diesem Zeitpunkt bereits eingereicht, weil die Bewilligung durch das Regierungsstatthalteramt und die Realisierung im Sommer 2023 nicht möglich gewesen wäre. Die Kreditabrechnung schliesst mit Minderausgaben in der Höhe von knapp Fr. 147'000.--. Auf dem Container wurde eine dachfüllende PV-Anlage gebaut. In der Abrechnung ist eine Position für notwendige Grabarbeiten mit Fr. 19'000.-- ausgewiesen, weil die Strasse unterquert werden musste. Zudem ist im Ertrag der Subventionsbeitrag von Pro-novo aufgeführt. Auf die Frage, in welcher Position die Kosten für die Solaranlage verbucht sind, kann heute nicht beantwortet werden. Die Frage ist erst am Wochenende aufgetaucht und es war nicht mehr möglich, diese in der verbleibenden Zeit abzuklären. Die zuständige Verwaltungsperson war heute aus familiären Gründen abwesend. Es kann deshalb nicht gesagt werden, ob der Betrag in einer anderen Position versteckt ist oder allenfalls in der Abrechnung vergessen gegangen ist. Die Frage wird noch abgeklärt und die Antwort dem SR nachgeliefert. Der GR beantragt dem SR, die Kreditabrechnung mit den erwähnten Minderausgaben zu genehmigen.

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man der Kreditabrechnung für die Containerschulanlage Gsteighof selbstverständlich zustimmt. Es ist sehr erfreulich, dass dieser Schulraum so schnell bereitstand und auf das neue Schuljahr rechtzeitig in Betrieb genommen werden konnte. Ebenfalls positiv sind die Minderausgaben. Weniger erfreulich ist allerdings die Optik dieses Containers und damit auch des ganzen unteren Schulareals Gsteighof. Der Container ist eingebettet zwischen Pavillon und Unterstufe, respektive vorgelagertem Veloabstellplatz, und angrenzend an die Oberstufe. Es herrschen alles in allem enge Platzverhältnisse. Es ist pausenplatzunwürdig, dass auf so kleinem Raum jetzt ein schwarzer, nüchterner, an eine Baustelle mahnender Container steht. Es wäre besser gewesen, wenn man mit diesen knapp Fr. 147'000.-- Minderausgaben noch den einen oder anderen Franken in eine Verschönerung der Fassaden oder Umgebung investiert hätte. Ein freundlicher und bunterer Container würde dann vielleicht auch weitere Sprayereien abhalten oder entgegenwirken.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man selbstverständlich der Kreditabrechnung zustimmen wird. Die Minderkosten sind positiv. Diese kommen wohl davon her, dass

man bei der Planung noch nicht genau wusste, was man eigentlich will. An dieser Stelle muss erwähnt werden, auch im Hinblick auf das nächste Traktandum, dass die GPK und der SR seinerzeit eine sehr hohe Flexibilität an den Tag gelegt haben. Die GPK wollte eigentlich das Geschäft abwürgen, aber aufgrund der Dringlichkeit hat man sich entschieden, dieses dem SR vorzulegen, aber mit dem Hinweis, dass man einen Kredit spricht, ohne genau zu wissen, was man dafür erhält. Es ist aber alles gut gegangen. Man hätte es kaufen können mit der Option auf Rückkauf. Der SR hat zugestimmt, obwohl man unter Zeitdruck stand. Diesen Umstand muss der GR im Kopf behalten, wenn es um den Rahmenkredit für den Kauf von Liegenschaften und Grundstücken für Schulraum geht. Der Kreditabrechnung wird geschlossen zugestimmt.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Planung und Erstellung einer Containeranlage – als Kauflösung mit Option auf Rückkauf - auf dem Areal Schulanlage Gsteighof, mit Ausgaben von brutto CHF 784'599.65, Nettoausgaben von CHF 778'039.65 und Minderausgaben von CHF 146'960.35, wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

SRB: 2025-870 | Registratur-Nr. 3.1.1

Rahmenkredit für Kauf von Liegenschaften und Grundstücken für Schulraum

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seiten der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Vorsitzende informiert über das geplante Prozedere bei diesem Geschäft. Es liegt ein Rückweisungsantrag vor. Der GR wird als erstes seinen Standpunkt erläutern und im Anschluss wird Stadtrat Wüthrich Urs im Namen der einreichenden Parteien den Rückweisungsantrag erläutern. Im Anschluss nimmt der GR zum Rückweisungsantrag Stellung und dann erfolgt die Diskussion im Rat. Der SR wird inhaltlich zum Geschäft wie auch zum Rückweisungsantrag diskutieren. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung. Als erstes wird über den Rückweisungsantrag abgestimmt. Wenn dieser angenommen wird, ist die Debatte beendet, und wenn dieser abgelehnt wird, erfolgt die Abstimmung über die Anträge des GR. Wortmeldungen oder eine Pause können jederzeit erfolgen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass der vorliegende Rahmenkredit von 10 Mio. Franken eigentlich ein Resultat des im letzten Jahr behandelten Vorstoss der SP-Fraktion ist, den der SR abgelehnt hat. Der GR hat damals informiert, dass ein entsprechender Rahmenkredit vorbereitet wird. Der vorliegende Rahmenkredit ist nicht in Ergänzung zum bestehenden Rahmenkredit aus dem Jahr 2007 von 2.5 Mio. Franken zu verstehen. Dieser ist auch anders ausgekleidet. Dies aufgrund der Not und den Veränderungen im Schulwesen. Als die Begleitgruppe Schulraum tagte, war der Rahmenkredit noch gar nicht so ausgekleidet und dieser jetzt nur für die Schulraumentwicklung gilt. Der Rahmenkredit war vorgängig ein normaler Finanz- wie Verwaltungsvermögenrahmenkredit. Der GR war der Meinung, dass man das Geld gar nicht hat, um das Finanzvermögen zu äufnen und man das Geld für den Schulraum braucht. Es soll keine Schulraumentwicklungsdebatte geführt werden. Man

hat zwei Schulhäuser, Schlossmatt und Neumatt, die denkmalpflegerisch geschützt sind. Die Potenzialstudie zeigt zwar, dass man dort das Potenzial ausschöpfen kann, aber diejenigen, die sich mit dem Bauen beschäftigen, wissen, dass die Potenzialstudie einfach mal mögliche Räume aufzeigt. Wie im vorherigen Votum der SP-Fraktion gehört, ist der Aussenraum und die Aussenraumgestaltung ebenso wichtig für die Schülerinnen und Schüler sowie für den Schulbetrieb. Die Lehrpersonen wollen nicht von Zimmer zu Zimmer rennen. Die Zimmer müssen für die Schulabläufe logisch angeordnet werden. Die Schülerinnen und Schüler müssen wissen in welchem Zimmer der Unterricht erfolgt. Diese Antworten findet man erst mit der Machbarkeitsstudie heraus. Aus diesem Grund hat man an beiden Orten die Idee, dass man vielleicht noch ein Ergänzungsgebäude irgendwo anders macht. Es ist bekannt, dass im Schlossmatt eine Parzelle zum Verkauf steht. Es haben noch keine Verkaufsverhandlungen stattgefunden. In der Neumatt könnte man sich einen Landabtausch mit dem Kanton vorstellen, um ein Ergänzungsgebäude zu erstellen. Es ist bekannt, dass es bei Landverkäufen schnell gehen muss. Deshalb ist die Grundidee des vorliegenden Rahmenkredits von 10 Mio. Franken entstanden. Zum Rückweisungsantrag wird der GR nach den Erläuterungen der einreichenden Parteien Stellung nehmen.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der EDU-SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Parteien SVP, EDU, GLP, FDP, Die Mitte, EVP und König Jonas Lauwiner (KJL) den überparteilichen Rückweisungsantrag zum Rahmenkredit für den Kauf von Liegenschaften und Grundstücken für Schulraum einreichen. Dieser Rückweisungsantrag ist eine gemeinsam erarbeitete Lösung. Die Schaffung von benötigtem Schulraum in Burgdorf ist sehr wichtig. Die Rückweisung des Geschäftes wird nicht beantragt, weil man grundsätzlich gegen einen Rahmenkredit für Schulraum ist, sondern weil die dafür nötigen Grundlagen zurzeit schlicht fehlen. Eine breit abgestützte, nachvollziehbare Schulraumstrategie wurde bis heute nicht vorgelegt. Die vom GR eingesetzte Begleitgruppe wurde kaum einbezogen beziehungsweise durch den konkreten Antrag überrascht. Das Vertrauen leidet unnötig und ohne solide Planungsbasis kann ein Kredit in dieser Höhe nicht seriös beurteilt werden. Man fordert deshalb zuerst Transparenz und Strategie, dann den Kredit. Der SR will als gewählte Legislative seine Verantwortung übernehmen und mit einer Rückweisung wird eine sorgfältige gemeinsame Weiterentwicklung im Interesse der Schulen, der Stadt und aller Beteiligten ermöglicht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass bereits im ersten Votum gesagt wurde, dass die Veränderung zwischen der Begleitgruppensitzung und jetzt geschehen ist. Die Begleitgruppensitzung wurde eigentlich als positiv erlebt. Die Mitglieder der Begleitgruppe dürfen jederzeit Unterlagen einfordern und einsehen. Es wurden aber nie Unterlagen angefordert. Die Begleitgruppe hat bereits zu Beginn gesagt, dass es nicht zu viele Sitzungen werden sollen und vier Sitzungen, also quartalsweise, ausreichend sind. Es ist wichtig, dass man sich einander nicht die Schnecke in die Hose schiebt oder man irgendwie ein Misstrauensvotum abgibt. Dem GR ist es wichtig, dass der SR Vertrauen haben kann und die Unterlagen, die man braucht, auch erhält. Der SR wird deshalb gebeten, auch seine Verantwortung zu übernehmen. Es wurde angeboten, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Vorlage und die Beantwortung der Fragen im online Tool. Langfristige Planung mit klaren Bedarfsbestimmungen ist im Bildungsbereich zentral. Es ist rechtlich möglich, dem GR die Kompetenz für einen Rahmenkredit von über 1 Mio. Franken zu übertragen. Im vorliegenden Fall ist dies aber nicht angebracht. Die aktuelle Situation beim Schulraum ist nicht durch die fehlenden Mittel entstanden, sondern durch das Fehlen einer vorausschauenden Planung. Eine fundierte Schulraumplanung hätte den konkreten Bedarf aufzeigen können, wie man das normalerweise bei Infrastrukturprojekten auch macht. Die Mitte-Fraktion fordert deshalb, dass zuerst eine langfristige Planung erarbeitet wird. Nur

dann ist es klar und kann aufgezeigt werden, dass der Schulraumbedarf an den bestehenden Standorten nicht gedeckt werden kann. Wenn dies der Fall ist, kann dann gezielt nach zusätzlichen Liegenschaften gesucht werden. Ein Landabtausch mit dem Kanton, das könnte man sich gut vorstellen, dass dies innerhalb der Genehmigungsfrist stattfinden könnte. Zudem hätte man ja 2.5 Mio. Franken auf der hohen Kante, die man ja die letzten zehn Jahre nicht gebraucht hat. Ohne ein solches Konzept besteht das Risiko, dass eben ungeeignete oder unnötige Gebäude gekauft werden. Zudem fehlt eine klare Begründung für die Höhe des vorgeschlagenen Rahmenkredits von 10 Mio. Franken. Ein solch hoher Betrag muss nachvollziehbar und auf konkrete Bedürfnisse basieren. Man setzt sich für ein schrittweises und sorgfältiges Vorgehen ein, das heisst, Bedarf ermitteln, Optionen prüfen und erst dann investieren. Der Rahmenkredit von 2.5 Millionen Franken aus dem Jahr 2007 hat ein wenig überrascht, weil dieser nicht im Anhang der Jahresrechnung als Verpflichtungskredit aufgeführt ist. Stadtrat Aebi Roger verweist hier auf Artikel 108 Gemeindeverordnung und Artikel 15 Absatz 2 der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt. Diese Artikel kann Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, nachlesen. Man erwartet deshalb, dass der Rahmenkredit in der Jahresrechnung aufgeführt wird, so dass auch eine Kontrolle darüber besteht. Es ist unklar, ob ein Kredit über 2.5 Mio. Franken, der so lange nicht gebraucht wurde, nicht irgendeinmal bereinigt werden müsste. Die Mitte-Fraktion wird der Rückweisung zustimmen und den Kredit ablehnen.

Stadtrat Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man dem vorliegenden Geschäft beziehungsweise den Anträgen des GR zustimmen wird und somit den überparteilichen Rückweisungsantrag ablehnt. Weshalb? Die Schulraumstrategie, die mit dem Rückweisungsantrag gefordert wird, ist bereits in Arbeit. Die Begleitgruppe wird genau dafür eingesetzt. In dieser Begleitgruppe gab es vielleicht Startprobleme. Und vielleicht gab es auch zeitliche Überschneidungen, aber die Arbeit läuft. Eine Rückweisung würde diesen Prozess nicht beschleunigen, sondern verzögern. Dass sich einzelne Mitglieder dieser Begleitgruppe nicht genügend eingebunden fühlen, nimmt man ernst. Das ist aber eine Frage der Kommunikation und nicht eine Frage der Vorlage. Deswegen das ganze Geschäft zurückzuweisen, wäre unverhältnismässig. Auch die im Rückweisungsantrag erwähnten Alternativen wie Zwischennutzungen oder Arealabklärungen sind Teil der Planung, aber ohne verfügbare Grundstücke sind diese Ideen nicht umsetzbar. Man kann keine Schule auf ein Papierprojekt bauen, man braucht reale Flächen. Gleichzeitig werden freie Grundstücke immer knapper. Was man heute nicht sichert, ist morgen verloren oder unbezahlbar. Land für Schulen ist nicht irgendein Luxus, es ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand. Man muss vorausschauend handeln, nicht erst dann, wenn es eben zu spät ist. Der Rahmenkredit ermöglicht es der Stadt Burgdorf rasch zuzugreifen, wenn sich dann eben Gelegenheiten ergeben. Es geht hier nicht um Bauprojekte, es geht ausschliesslich um den Kauf von Grundstücken oder bestehenden Liegenschaften. Auch die SP-Fraktion hat das Geschäft mit Blick auf demokratiepolitische Aspekte diskutiert und abgewogen. Aber insbesondere Bauvorhaben würden weiterhin den normalen politischen Weg durchlaufen, mit Mitsprache, mit Transparenz, und somit blieben die demokratischen Prozesse voll erhalten. Mit der Zustimmung zeigt man, dass man die Schulraumplanung nicht bremst, sondern vorwärtsbringen will. Man vertraut dem GR, dass er umsichtig handelt und man bleibt offen für verschiedene Lösungswege. Die SP-Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass der GR mit diesem Geschäft ein starkes Signal aussendet und die Schulraumplanung zur obersten Priorität erklärt hat. Genau dieses Engagement wird erwartet von einer verantwortungsbewussten Stadtpolitik, nämlich vorausschauend, entschlossen und handlungsfähig. Die SP-Fraktion ist sich deshalb einig, dieser Kredit ist kein Blankoscheck, sondern ein zusätzliches Werkzeug. Ein Werkzeug, um handlungsfähig zu bleiben, weil wer beim Schulraum zu spät kommt, bezahlt am Ende doppelt oder hat gar keine Optionen mehr. Deshalb wird mit der Zustimmung ein Zeichen gesetzt. Ein Zeichen für die Planungssicherheit, für Handlungsspielraum und für genügend Schulraum in der Stadt Burgdorf.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man zuerst intern entschieden hat, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Danach aber mit den Diskussionen, die im Hintergrund letzte Woche liefen, entschieden, dass man den Rückweisungsantrag mitunterstützen wird. Man ist der Meinung, dass die Planungssicherheit, wenn der Rückweisungsantrag angenommen wird, nicht gefährdet ist. Unter anderem bei Frage 3 von Stadtrat Aebi Roger, dass gegenwärtig kein fester Erwerb von Grundstücken oder Liegenschaften im Raum steht, wird die Tatsache wahrgenommen, wie vorhin von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice ausgeführt, dass Landparzellen oder ein Abtausch mit dem Kanton schon im Raum steht. Es wird darauf vertraut, dass aufgrund der zeitlichen Sequenzen, die man als Stadtrat sieht, als politisches Organ doch fähig ist, um konkrete Projekte im Rat zu diskutieren und auch anzunehmen. Die Schulraumplanung hat für die EVP absolut höchste Priorität und es muss konkret weitergehen.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es von grösster Wichtigkeit ist, dass wir genug und guten Schulraum haben. Man ist deshalb der Meinung, diesen Weg über den Rahmenkredit und die Möglichkeit, nachher schnell auf Angebote reagieren zu können, grossmehrheitlich richtig. Es ist wichtig, dass mit diesem Mittel gegebenenfalls ab sofort zentrale Stücke für die weitere Schulraumplanung gekauft werden können. Dem GR wird das Vertrauen geschenkt, dass er das Geld richtig und zum Wohl der Burgdorfer Schulen einsetzen wird. Die Grüne-Fraktion beantragt eine Pause, um den Rückweisungsantrag zu besprechen.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die Pause nach der Debatte erfolgt.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass bei einem tatsächlichen dringenden Handlungsbedarf die Möglichkeit besteht, kurzfristig eine Sitzung einzuberufen. Es ist also nicht so, dass man dieses Geld unbedingt haben muss, weil man sonst für alle Zeiten verloren ist. Es gibt die Möglichkeit, kurzfristig eine Sitzung einzuberufen.

PAUSE

Abstimmung

Überparteilicher Rückweisungsantrag GLP/SVP/EDU/EVP/KJL/FDP/Die Mitte

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 21 Ja und 16 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Rückweisungsantrag zu.

SRB: 2025-871 | Registratur-Nr. 2.8

Kredit Antrag; Jungfraustrasse, Ausführungsprojekt

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seiten der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco informiert über das das Ausführungsprojekt zur Totalsanierung der Jungfraustrasse. Dies ist verbunden mit einem Antrag auf Genehmigung des Bruttokredits von

1.845 Mio. Franken. Die Jungfraustrasse befindet sich seit Jahren in einem sehr schlechten und desolaten Zustand mit Schlaglöchern, Rissen und unebenen Fahrbahnen. Das ist nicht nur unschön, sondern zunehmend auch ein Sicherheitsrisiko, vor allem auch für den Langsamverkehr. Eine Sanierung ist unbestritten nötig. Gleichzeitig plant die Localnet AG in dieser Strasse den Ausbau des willkommenen Wärmenetzes. Und genau hier ergibt sich wieder einmal eine einmalige oder eine ideale Gelegenheit zur Koordination. Mit einer gemeinsamen Baustelle lassen sich nämlich Synergien nutzen und unnötige doppelte Kosten, doppelte Verkehrsbehinderungen und doppelte Belastungen für die Anwohnerschaft und den Busbetrieb vermeiden. Warum also jetzt und warum ausserhalb der MIP? Diese Frage hat auch die GPK zu Recht gestellt. Das Projekt ist nicht in der mittelfristigen Investitionsplanung 2025 enthalten. Der Grund ist einfach. Zum Zeitpunkt der MIP-Erstellung war das Projekt noch nicht bewilligungsreif, erst mit dem konkreten Fahrplan der Localnet und der Dringlichkeit der Strassensanierung ergibt sich jetzt die Gelegenheit zur sinnvollen Vorverlegung. Es wäre finanzpolitisch unvernünftig jetzt zuzuwarten, nur weil das Projekt auf dem Papier nicht vorgesehen war. Man würde später genau denselben Aufwand noch einmal haben, aber aufgrund dessen mit höheren Kosten und sicher auch mit noch einmal mehr Ärger. Gemeinderat Rappa Francesco informiert über die Fragen der GPK. Die GPK wollte unter anderem wissen, weshalb gerade diese Strasse jetzt prioritär behandelt wird. Die Antwort liegt in der Abhängigkeit vom Zeitplan der Localnet AG. Wird dieser Zeitplan nicht genutzt, sind in ein paar Jahren wieder Baumaschinen unterwegs und man zahlt zudem doppelt. Die Localnet AG beansprucht durch den Werkleitungsbau die gesamte Fahrbahn, auch neben dem Graben. Eine getrennte Sanierung ist aufgrund dessen auch nicht praktikabel. Die GPK hat auch nach dem aktuellen Stand der Baubewilligung gefragt. Die Baubewilligung für die Fernwärmeleitung liegt noch nicht vor, sie ist beim Kanton hängig, trifft aber kurzum ein. Davon geht man eigentlich aus. Der Strassenbau erfolgt nur, wenn erstens die Baubewilligung für ein Fernwärmeprojekt vorliegt und zweitens, wenn der SR dem Kredit zustimmt, und kein Referendum ergriffen wird. Was ist jetzt bereits gemacht worden? Nur die Projektierung und die Kostenschätzung, die als Grundlage für die Stadtratsvorlage dienen. Sichtbare Arbeiten stammen ausschliesslich von der Localnet AG. Die vorliegenden Planungsunterlagen bleiben auch bei zeitlicher Verschiebung gültig. Die GPK hat noch eine sehr wichtige Frage gestellt, nämlich nach der konkreten Einsparungshöhe aufgrund der Synergien. Diese lassen sich nicht auf den Franken genau beziffern, aber man geht von einem Ersparnis von plus minus 20 Prozent aus. Die Vorteile sind vielfältig. Eine einmalige Baustelleneinrichtung, eine einmalige Verkehrsführung, eine verkürzte Bauzeit, eine reduzierte Einschränkung für die Anwohner und kein doppelter Grabenaufbruch. Diese Ersparnisse sind im Kredit bereits enthalten. Die Sanierung der Jungfraustrasse ist logisch, koordiniert, wirtschaftlich und ein sinnvoller Schritt. Wer die Strassen fährt oder besser holpert, weiss, dass der Zeitpunkt für eine Erneuerung längst überfällig ist. Mit dieser Vorlage nutzt man das Momentum, sparen Kosten, verkürzen die Bauzeit und erhöhen die Verkehrssicherheit nachhaltig. Gemeinderat Rappa Francesco dankt an dieser Stelle der Verwaltung, insbesondere der Baudirektion für die sorgfältige Projektierung. Der Dank gilt aber auch dem SR für die umfassende Vorbereitung dieses Geschäfts und für die engagierte Auseinandersetzung mit der Vorlage. Der GR beantragt dem SR die Genehmigung des Projekts Sanierung Jungfraustrasse, die Genehmigung des Kredits in der Höhe von 1.845 Mio. Franken und schlussendlich auch die Beauftragung an den Gemeinderat für die Umsetzung.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es klar ist, dass solche Synergie genutzt werden sollen, auch wenn dieses Geschäft nicht im Budget in diesem Sinn enthalten ist und es dadurch eine gewisse Unsicherheit gibt betreffend Geschäftsabschluss Ende Jahr. Man geht davon aus, dass das Investitionsvolumen in dieser Sache sowieso immer unsicher ist. Aus den vergangenen Jahren weiss man, dass man nie alles ausschöpft. Man geht davon aus, dass es einen gewissen Spielraum gibt. Die Grüne-Fraktion hat keine Angst davor, dass man etwas macht, das nicht ganz ge-

nau so eingeplant war. Die Grüne-Fraktion möchte aber darauf hinweisen, dass man bei einer solchen Gelegenheit prüft, ob man gewisse Flächen nicht entsiegeln könnte. In diesem Zusammenhang wird an die eingereichte Stadtklimainitiative erinnert, die eine Entsiegelung im Strassenraum fordert. Eine solche Fläche ist eine einmalige Gelegenheit. Es wäre dann dumm, wenn man das wieder aufreissen müsste, weil man gemerkt hat, dass man doch etwas entsiegeln könnte. Die Grüne-Fraktion bittet deshalb, das Anliegen zu prüfen. Man erwartet von der Baudirektion oder dem zuständigen Ressortchef eine Antwort.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, wenn man den Bus an der Bernstrasse zum Hauptbahnhof nimmt, darf man am eigenen Leib erleben in welchem Zustand die Jungfraustrasse ist. Es holpert und poltert. Für die EVP ist klar, dass der Unterhalt einer Strasse auch kostet. Man begrüsst, dass versucht wird Synergien zu bilden, nicht nur kostentechnisch, sondern auch für die Anwohnenden. Die Bernstrasse war in den letzten Monaten normal befahrbar, ohne Ampeln oder Umleitungen. Wenn man die Verkehrsbaustellen dadurch minimieren kann, ist das auch für die Leute, die in diesen Quartieren wohnen, viel angenehmer. Die EVP begrüsst, dass die Bushaltestellen barrierefrei gestaltet werden sollen. Es ist bekannt, wenn man mit Betroffenen spricht, dass sehr viele Haltestellen weiterhin nicht barrierefrei sind. Die EVP unterstützt aus diesen Gründen den Kreditantrag.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, informiert über den schlechten Zustand der Jungfraustrasse. Es darf nicht falsch verstanden werden, aber der einzige Treiber, um das vorliegende Geschäft vorzuziehen, ist, dass man es zusammen mit der Localnet AG machen kann. Stadtrat Käsermann Fabian geht dort täglich, entweder durch die Nordseite oder durch die Südseite, mit dem Velo hinunter. Es gibt schlechtere Strassen und es ist eine Quartierstrasse. Der Bus fährt durch die Jungfraustrasse, es ist aber eine Quartierstrasse mit Zubringer. Die Jungfraustrasse als unfallgefährdete und gefährliche Strasse zu bezeichnen, ist etwas übertrieben. Die Zusammenarbeit mit der Localnet AG ist der einzige Treiber und das ist klar nicht bestritten.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass aufgrund der politischen Ausrichtung, die wir seit dem Klimanotstand und den entsprechenden Aufträgen, die im Raum stehen, haben, wurde in Zusammenarbeit mit der Localnet AG und dem Bereich Tiefbau alle Projekte darauf priorisiert.

Deshalb hat man ganz viele andere Strassen, die wir sanieren müssen. Es sollen nicht schon Zahlen genannt werden, aber bis ins Jahr 2045 sollten pro Jahr rund 2.4 Mio. Franken in den Unterhalt ausgegeben werden. Der entsprechende Plan lag vor, aber man musste umplanen und die Fernwärme miteinbeziehen. Die Strassensanierungen werden entsprechend der Localnet AG abgestimmt und priorisiert.

Abstimmung

1. Das Projekt „Sanierung Jungfraustrasse“ wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von brutto 1'845'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen- / Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.27 Sanierung Jungfraustrasse).
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2025-872 | Registratur-Nr. 2.31.4

Informatikbeschaffung 2025 - 2029 der Volksschule

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seiten der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Ritter Michael teilt mit, dass es sich bei der Informatikbeschaffung 2025 – 2029 der Volksschule um einen Kreditantrag von rund 1.15 Mio. Franken handelt und liegt damit knapp über der Referendumshürde. Das vorliegende Geschäft ist im Kern eine bildungspolitische Vorlage, deshalb ist der Schwerpunkt der Ausführungen der bildungspolitische Zusammenhang. Es werden auch ganz wenige kurze allgemeine Bemerkungen zu anderen Aspekten des Geschäftes folgen. Wenn man eine bildungspolitische Vorlage in einem Stadtparlament vertreten soll, bietet es sich an, zuerst die Vogelperspektive einzunehmen und dann zuletzt bei der Froschperspektive beziehungsweise den iPads zu landen. Zuerst in der Schweizer Volksschulpolitik ist der Lehrplan 21. Das ist ein Rahmenlehrplan. Die Kantone können innerhalb dessen weiterhin eigene Lehrpläne erlassen und machen es auch. Der Lehrplan 21 wurde von der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz entwickelt. Stimmberechtigt ist man dort, falls man solche Ambitionen hat, wenn man Mitglied einer Kantonsregierung der Deutschschweiz ist und dort Erziehungsdirektion führt. Im Kanton Bern wäre es die Bildungs- und Kulturdirektion. Über ein Konkordat, das HarmoS heisst, wurde der Lehrplan von 15 Kantonen in Kraft gesetzt. Es gab um den Lehrplan 21 immer sehr grosse Diskussionen, inzwischen sind sie etwas abgeebnet. Man kann aber sagen, dass die Digitalisierung der Volksschule, darum geht es in dieser Vorlage, bei den Diskussionen um den Lehrplan 21 ganz im Hintergrund stand und es auch nie besonders umstritten war. Im Lehrplan 21 steht zum Thema Digitalisierung der Volksschule zum Beispiel folgendes: «Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Digitalisierung prägen die Gesellschaft. Sie haben einen grossen Einfluss auf Schule, Unterricht und Schülerinnen und Schüler. Die Nutzung von digitalen Medien und Computertechnologien hat sich als Schlüsselkompetenz in der Gesellschaft etabliert, genauso wie Lesen, Schreiben und Rechnen». Diese Aussage findet man auf Seite 33 des Lehrplans 21, der 534 Seiten umfasst. Eine Stufe tiefer ist der Lehrplan des Kantons Bern. Der Kanton Bern hatte immer eine politische Mehrheit, die den Lehrplan 21 unterstützten und der Lehrplan des Kantons Bern ist sehr nahe daran angelehnt. Im Kanton Bern ist die Volksschule eine Verbundaufgabe zwischen dem Kanton und seinen 335 Gemeinden. Das ist in den meisten Kantonen so. Speziell im Kanton Bern ist, dass jeder Bereich der Volksschule inhaltlich anders geregelt ist. Dabei ist mit Bereich inhaltlich gemeint. Es gilt für jeden einen anderen Verteilschlüssel bezüglich Zuständigkeit, aber natürlich auch bezüglich Finanzen. Im Fall der vorliegenden Vorlage gehören die Geräte, bei denen es um die Anschaffung beziehungsweise um die Miete geht, zum Schulmaterial. Dort ist der Verteilschlüssel sehr einfach, nämlich 100 Prozent Gemeinde und 0 Prozent Kanton. Jede Lösung hat Vor- und Nachteile. Ein grosser Vorteil ist, dass dadurch die Gemeinden einen grossen Spielraum haben, wie sie die Beschaffung des Schulmaterials oder der digitalen Geräte organisieren können. Es muss einfach der Unterricht nach Lehrplan ermöglicht werden. Manchmal gibt es noch besondere Vorschriften des Kantons, das wäre hier aber nicht der Fall. Das bedeutet, dass die Gemeinde selbst entscheiden kann, welcher Gerätetyp, aber auch ob Miete oder Kauf. Der Nachteil der Lösung ist natürlich, dass die Stadt bezahlen muss. Damit ist man nun definitiv auf der Ebene der Stadtratsvorlage. Die vorliegende Vorlage ist eine Nachfolgevorlage vom März 2019. Das ist gut sechs Jahre und Gemeinderat Ritter Michael war damals noch knapp im

SR. Die Nachfolgebekaffung ist auch aus sachlichen Gründen nötig. Es gibt gewisse Gründe, die den GR überzeugt haben. Der GR schlägt nämlich vor, die Geräte nicht mehr zu kaufen, wie man es damals gemacht hat, sondern zu mieten. Der Wechsel hat zwei Gründe. Erstens ist es ein wenig günstiger. Die Einsparung über den Gesamtkreditantrag liegt zwar etwas unter 10 Prozent, aber trotzdem mehr als Fr. 80'000.--. Etwas wichtiges im GR war, dass man mit dem Wechsel von Kauf zu Miete die Möglichkeit hat, einen allfälligen Wechsel der Geräteart unkompliziert anzugehen. Man hat schon im Jahr 2019 eine intensive Debatte geführt betreffend der Geräte und hat sich dann eben für Apple-Gerät entschieden. Die damaligen Argumente gelten zum Teil immer noch. Allerdings ist festzuhalten, dass eines der Hauptargumente, die leichtere Wartbarkeit der Geräte für Schülerinnen und Schüler, seither aufgrund der technischen Entwicklungen ein wenig an Kraft verloren hat. Es gab immer auch Argumente für Geräte mit Windows als Betriebssystem. Dort ist es nicht unbedingt sicher, dass die Hardware auch von Microsoft kommt, das ist sogar häufig nicht der Fall, aber das Betriebssystem ist von Microsoft. Für Windows würde besonders die höhere Verbreitung in der Arbeitswelt sprechen im Vergleich zu den Betriebssystemen von Apple. Man kann sich die Frage stellen, weshalb man jetzt nicht wechselt. Man rät von einem überstürzten Wechsel klar ab, weil dies bedeuten würde, dass der niederschwellige Support der Geräte, also der für die Kinder vor Ort und allenfalls für die Lehrpersonen, nicht parat wäre. Man müsste diesen einkaufen und das ist sehr teuer, wenn man überhaupt Leute findet, die das machen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dass man im Moment bei Apple bleibt, aber den Gerätetyp evaluiert, und zwar relativ kurzfristig. Man könnte sich dann überlegen, wie man weiterfahren will. Man könnte mit dem gleichen Anbieter auch auf Windowsgeräte umsteigen. Man könnte sogar beide Geräte haben. Das hat Vor- und Nachteile. Die Volksschule Burgdorf wäre gross genug, sodass man sich dies überlegen könnte. Der Mobile-Device-Management-Server, der immerhin gut 20 Prozent der Summe verschlingt, ist eine Bemerkung wert. Es geht dort darum, dass man die Geräte drahtlos im abgesicherten Modus konfigurieren kann. Das Beispiel ist ein wenig willkürlich, aber dafür anschaulich. Es geht zum Beispiel darum, dass man auf diese Art gewisse Webseiten sperren kann. Es sind nicht alle von hohem Bildungswert und entsprechend kann man das machen. Man muss nicht jedes Gerät einzeln konfigurieren. Die Server sind teuer im Betrieb. Ein aktuelles Thema ist das Kind und der Bildschirm. Alle Untersuchungen zeigen, dass das Problem nicht die Geräte sind, welche die Schulen zur Verfügung stellt, sondern die Tablets und Smartphones, welche die Kinder von zu Hause mitbringen. Der GR und alle Organe des Bildungswesens in Burgdorf, insbesondere auch die Volksschulkommission, sind daran Lösungen für die Schulen in Burgdorf zu finden, um dies zu regeln. Der Entscheid liegt grösstenteils in der Kompetenz der Volksschulkommission. Eine letzte Bemerkung zur Abhängigkeit auf technologischer Art. Eine böse Wendung des Schicksals will, dass dasselbe Subjekt US-Präsident war wie bei der letzten Vorlage im Jahr 2019. Gemeinderat Ritter Michael hofft, dass sei dann das nächste Mal nicht mehr der Fall. Es ist so, dass man die Abhängigkeit von US-Techfirmen auf der Ebene der Betriebssysteme im Moment nicht umgehen kann. Ob man Apple oder Windows nimmt, es kommt auf dasselbe hinaus. Bei Apple ist auch die Hardware automatisch dort. Das drittverbreitetste Betriebssystem wäre Android und das ist von Google. Man ist dort einfach mit den Fakten konfrontiert, die in diesem Ende keinen Ausweg erlauben. Der SR wird gebeten, dies bei der Diskussion zu vermeiden. Der GR empfiehlt dem SR, den Kreditantrag zur Annahme. Gemeinderat Ritter Michael dankt an dieser Stelle der Finanzdirektion unter der Leitung von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice. Der Beschaffungsteil wurde nicht durch die Bildungsdirektion erarbeitet. Es war eine aufwendige und schwierige Arbeit aufgrund des Beschaffungsrechts.

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man die Vorlage auf Herz und Nieren geprüft hat. Man begrüsst zum Beispiel, dass die Ausschreibung in Zweierlos stattgefunden hat, damit man möglichst vielfältige Angebote einholen und das Beste aus diesen Angeboten herausholen kann. Ebenfalls begrüsst wird die Investition in den MDM-Server und man ist natürlich auch dafür,

dass die bildungsfernen Seiten möglichst gesperrt werden. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion dieser Vorlage geschlossen zustimmen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es wichtig ist, dass die Schülerinnen und Schüler Zugang zu Mac und Windows haben, weil es wichtig ist, dass man beide Systeme kennt.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft selbstverständlich unterstützt. Man ist insbesondere über die neuen Wege, die in der Beschaffung erfolgt sind, erfreut. Man ist auch gespannt auf die Erfahrungen, die man mit dieser Miete machen wird und ist auch froh, wenn im Verlauf der Zeit eine Rückmeldung erfolgt, ob es geklappt hat, wie man sich das angedacht hat. Es ist sinnvoll und richtig, dass man das Projekt auch kritisch begleitet und am Schluss eine Evaluation vornimmt.

Abstimmung

1. Der Stadtrat bewilligt die Gesamtausgaben für einen Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung (PG 50 Bildung) für Gerätemieten und Betrieb MDM-Server während den Jahren 2025 bis 2029 über CHF 1'154'858.00.
2. Mit der Umsetzung werden die BILD und die FinD beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2025-873 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Geschlechterquote Direktionsleitungen

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für diesen Vorstoss und begrüsst das Engagement aller für die Förderung und Gleichstellung der Geschlechter ausdrücklich. Mit der Annahme des Auftrages unterstreicht der GR, dass ihm die Gleichstellung der Geschlechter wichtig ist und es unbestritten ist, dass Massnahmen zur Verbesserung der Geschlechterdiversität notwendig sind. Für den GR ist jedoch wichtig festzuhalten, dass die Besetzung der in den letzten sechs Jahren freigewordenen Direktionsleitungen immer mit Blick auf eine mögliche Erhöhung des Frauenanteils in den Direktionsleitungen erfolgt ist. Auf diese Stellen haben sich insgesamt jedoch nur zwei Frauen mit den entsprechenden Qualifikationen beworben, bei der Präsidialdirektion und Finanzdirektion, welche auch zu Vorstellungsgesprächen eingeladen wurden. Dem GR ist es ein Anliegen, die Gleichstellung auf nachhaltige Weise durch strukturelle Verbesserungen und langfristig wirksame Massnahmen zu fördern. In diesem Sinne wird weiterhin ein Ansatz verfolgt, der auf Sensibilisierung, Chancengleichheit und bessere Rahmenbedingungen setzt. Dazu gehören unter anderem Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Sensibilisierungsmassnahmen für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Prüfung neuer Arbeitsmodelle. In dieser Fragestellung darf positiv erwähnt werden, dass, ausser bei den Direktionsleitenden, in der Verwaltung eine positive Geschlechterdurchmischung auf den oberen Führungsfunktionen bis und mit Teamleitungen besteht und der Anteil an Frauen in Führungsfunktionen rund 46 Prozent beträgt. Auch bezüglich Entlohnung kennt die Stadt

Burgdorf keine Unterschiede. Der GR dankt für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Auftrages. So wird der eingeschlagene Weg vom SR bestätigt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag der Grüne Burgdorf eingehend geprüft wurde, der bei einem künftigen Wechsel der Direktionsleitung prioritär Frauen vorsieht. Eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter ist in Führungspositionen sicher erstrebenswert. Trotzdem kann man die vorgeschlagene Vorgehensweise nicht unterstützen. Die Mitte-Fraktion lehnt eine starre Quote ab, denn sie bergen Gefahr für neue Benachteiligungen und zusätzliche Konflikte. Viel wichtiger ist, dass die Person ins Team passt. Ein wichtiger Aspekt für die tiefere Frauenquote in der Kaderposition ist sicher der Spagat zwischen beruflichen Anforderungen und familiären Verpflichtungen. Viele Beispiele aus unterschiedlichen Branchen zeigen jedoch, dass Frauen mit entsprechender Qualifikation erfolgreich Führungsaufgaben übernehmen können, auch in der Stadtverwaltung Burgdorf. Wie Stadtpräsident Berger Stefan erwähnt hat, liegt der Frauenanteil bei den Bereichen Teamleitungen bereits bei 46 Prozent, was zeigt, dass dies auch ohne Quote möglich ist. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass sich die Besetzung der Führungsstellen an Fähigkeits- und Leistungsausweis orientieren muss und nicht nach dem Geschlecht. Eine Festlegung von Quoten würde potenzielle Kandidaten abhalten und den Bewerbungsprozess sowie die Motivation der Mitarbeitenden innerhalb der Organisation benachteiligen. Eine Verpflichtung zur schriftlichen Begründung, falls ein Mann gewählt wird, würde den Auswahlprozess verzerren, zusätzliche Bürokratie erzeugen und möglicherweise sogar juristische Streitigkeiten provozieren, was letztendlich allen Beteiligten schadet. Die Mitte-Fraktion unterstützt jedoch sinnvolle Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Man ist überzeugt, dass so auch bei den Direktionsleitungen ein höherer Frauenanteil erzielt werden kann, und zwar auf natürliche Art und Weise. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion den Antrag respektive den Auftrag ab.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche Antwort und begrüsst das Bekenntnis zu mehr Gleichstellung. Kritisch wird angemerkt, dass die pauschale Ablehnung von Quoten strukturelle Hürden nicht anerkennt und dass die aktuelle Rekrutierungspraxis noch zu wenig wirksam Frauen und andersgeschlechtliche Personen anspricht. Besonders irritierend ist, dass in der aktuellen Stellenausschreibung «Leiter/Leiterin Sozialdirektion» kein Vorrang für Frauen bei gleicher Qualifikation festgehalten wurde. Die Grüne-Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Auftrags. Man erwartet, dass die angekündigten Massnahmen jetzt konsequent umgesetzt werden.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass das Wort Quote in den letzten Jahren viel zu diskutieren gab und auch heute noch die Gemüter stark erhitzt. Es sollte uns doch noch etwas anderes erschrecken. Im Jahr 2025 ist nur jede dritte Führungsposition mit einer Frau besetzt. Das hat nichts mit Qualifikationen zu tun. An der Uni studieren unterdessen mehr Frauen als Männer. Frauen sind genau gleich im Berufsalltag integriert wie Männer. Man muss aufhören, dies als Grund aufzuführen, weshalb weniger Frauen in diesen Führungspositionen sind, denn die Gründe liegen nämlich anderswo. Stadträtin Veraguth Beryll hat eine Freundin, die gerade ihr Bachelorstudium abschliesst und einen eineinhalbjährigen Sohn hat. Sie hat Mühe eine Stelle zu finden, die dem gerecht werden kann. Es ist eine grosse Hürde, weil sie keine Stellen findet, die für ihre Qualifikation passen würde, weil sie wegen dem Sohn nicht so hochprozentig arbeiten möchte. So geht es vielen Frauen. Genau dort muss man ansetzen. Die Stellen müssen überdenkt und den Bedürfnissen angepasst werden. Die EVP ist sich bewusst, dass in diesem Zusammenhang die Quoten teilweise mehr Unmut schüren, aber bei der Förderung der Frauen muss man vielleicht auch einmal aus dem heutigen System herausdenken. Die EVP wird die Abschreibung ebenfalls annehmen.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Antwort, die aufzeigt, dass in der Stadtverwaltung heute bereits viele fortschrittliche personalpolitische Massnahmen umgesetzt werden. Unter anderem eben die Förderung von Frauen in Führungspositionen. Gleichzeitig stellt man fest, dass die Antwort inhaltlich nicht im Sinne des ursprünglichen Auftrages formuliert ist. Das zeigt vor allem eines, einen Auftrag in dieser Form braucht es eigentlich gar nicht mehr. Die Stadt Burgdorf ist, auch mit einer rot-grünen Exekutive, bereits auf dem richtigen Weg. Die GLP-Fraktion stimmt der Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung zu. Dies nicht, weil man den Auftrag als inhaltlich als erfüllt erachtet, sondern weil man überzeugt ist, dass die Gleichstellung und Förderung diverser Führungsteams in der Praxis gelebt werden. Aus Sicht der GLP-Fraktion braucht es nicht für jede politische Haltung eine formale Quote. Viel entscheidender ist, dass die Rahmenbedingungen für mehr Frauen in Führungspositionen gegeben sind, und Führungskultur, Vereinbarkeit und Nachwuchsförderung stimmen. Die Verwaltung ist da gut unterwegs. Die Zustimmung soll deshalb nicht als formales Bekenntnis zum Auftrag verstanden werden, sondern als pragmatisches Zeichen dafür, dass man die richtige Entwicklung erkennt und fördert, ohne Symbolpolitik zu betreiben.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, dankt der Grüne-Fraktion für den wichtigen Vorstoss und spricht sich natürlich einstimmig für die Annahme aus. Es ist bekannt, dass es nicht immer einfach ist, genügend Frauen für einen bestimmten Posten zu finden. Die Bemühungen seitens der Stadt Burgdorf werden anerkannt. Trotzdem ist es wichtig, an diesem Thema dranzubleiben. Gefordert wird hier eben nicht eine starre Quote, sondern einfach, dass Frauen aktiv gesucht werden. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass man auf eine geeignete Person, die man bereits kennt, zugeht und sie anfragt, ob sie sich bewerben möchte, wenn eine Stelle frei wird. Man kann beim Stelleninserat eine Passage einfügen, wonach Bewerbungen von Frauen sehr willkommen sind und sogar den Vorzug erhalten werden. Dies wurde bei der Stelle für die Leitung Sozialdirektion nicht gemacht. Man hofft, dass die Stadt Burgdorf diese Aufgabe in Zukunft ernst nehmen wird und dass bald Verbesserungen erreicht werden können. Es gibt vielleicht noch anzufügen, dass 40 Prozent Frauen sicher kein radikales Ziel sind und es würde immer noch eine Untervertretung bedeuten, da ja schliesslich mindestens die Hälfte der Bevölkerung nicht männlich ist.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt dem GR für die Antwort zum Auftrag. Die Antwort des GR bestätigt, dass die verantwortlichen Personen und dem HR, eben diejenigen, die bei Stellenbesetzungen dabei sind, die Stellen mit den besten qualifizierten Personen unabhängig vom Geschlecht besetzen. Personen, die fachlich und persönlich überzeugen, sollen den Vorzug erhalten. Wir alle erwarten doch, dass die fachlich kompetenteste Person die jeweilige Stelle erhält. Der GR gibt in seiner Antwort Auskunft, wie die Ausschreibungen und Stellenbesetzungen ablaufen und man bemüht ist, den Frauenanteil stetig zu steigern. Die Ausführungen des GR werden unterstützt. Zusätzliche Dokumentierungen, wenn die Stellen nicht mit einer Frau besetzt werden, binden unnötig Ressourcen und führen zu einem Aufblähen von völlig unnötiger Bürokratie. Am Schluss ist es wahrscheinlich eher für den runden Ordner. Schlussendlich führen Überregulierungen irgendwann einmal zur praktischen Handlungsunfähigkeit der zuständigen Personen. Man ist überzeugt, dass Burgdorf über seriöse und faire, transparente Stellenausschreibungs- und Bewerbungsprozesse verfügt. Die SVP-EDU-Fraktion lehnt den Auftrag ab.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass bereits nach Mann und Frau, und alles, was dazwischen ist, gesucht wird. Es will auch nicht jeder Direktor werden. Es gibt auch Frauen, die lieber das soziale und die empathische Beziehung in der Familie haben. Es bewerben sich auch nicht viele Frauen im Baugewerbe und deshalb gibt es dort auch keine Quote. Warum soll es nur eine Quote bei den Direktionsleitungen geben, warum nicht auch auf dem Bau, der Strassenreinigung oder anderen Jobs. Es sind keine Frauenjobs, weil Frauen ein wenig sensibler sind.

Wenn sich Frauen bewerben wollen, dürfen sie das gerne tun. Man kann dies nicht künstlich erhöhen, weil es am Schluss nicht funktionieren würde. Der Auftrag wird deshalb abgelehnt. Es ist ein nobler Vorschlag, aber nicht realistisch.

Stadtrat Dür Hermann hat eine Frage zum Auftrag. Wenn der Auftrag angenommen würde, wie würde es dann juristisch aussehen. Hätte Burgdorf eine eigene rechtsverbindliche Definition, was Männer und Frauen sind, unabhängig davon, was die Eidgenossenschaft beschlossen hat? Als Beispiel, wäre ein Transmann bei der jetzt gegebenen Definition, wenn die Vorlage angenommen würde, per Definition zur Frau gemacht. Jetzt ist definiert, dass Männer nur Cismänner sind.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für die nicht ganz einfach zu beantwortende Frage. Als nicht Jurist leitet er die Fragen an Stadtschreiber Ghioldi Stefan weiter.

Stadtschreiber Ghioldi Stefan teilt mit, dass die Antwort nicht verbindlich ist. Es wäre eine Deklaration notwendig, aber das wird wohl nicht gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man andere Dinge zu tun hat als selbst eine Definition von Mann und Frau zu machen.

Stadtrat Dür Hermann dankt für die Antwort.

Abstimmung

Annahme und Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja und 16 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2025-874 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Grüne und SP betreffend geschlechterneutrale Toiletten in Schulhausneubauten und -umbauten
- Überparteiliche Motion EVP, Grüne, SVP/EDU, glp, die Mitte und Jonas Lauwiner betreffend Anpassung Postleitzahl Südquartier Burgdorf
- Postulat EVP betreffend Gemeinschaftsgrab Erdbestattung
- Dringliches Postulat SP-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit Fussverkehr Alpenstrasse (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)

Stadratspräsident Schärf Philipp informiert über den Blumenbindekurs der Solätte vom 29. Juni 2025 von 10.00 bis 14.00 Uhr, wo noch Helferinnen und Helfer gesucht werden, mit oder ohne Erfahrung. Der Vorsitzende hat sich auch angemeldet. Interessierte können sich mit folgenden Angaben zur Mit-hilfe bei der Bildungsdirektion Burgdorf (bildungsdirektion@burgdorf.ch) anmelden: Name, Vorname und mögliches Zeitfenster. Der Vorsitzende teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummer-trunk reserviert ist.

Burgdorf, 6. Juni 2025

Namens des Stadtrates:


Philipp Schärf
Stadratspräsident


Brigitte Henzi
Protokollführerin